



ZEICHNUNG: HARM BENGEN

Deutschland? Nur noch zweitklassig!

Ein bezeichnender Wert für die Stimmung im Lande: Bertelsmann will in einer Studie ermittelt haben, dass rund 50 Prozent der jungen Erwachsenen in Deutschland der Regierung misstrauen. Dafür gibt es gute Gründe – allerdings nicht die in der Studie genannten wie „Diskriminierung“ oder „Klimawandel“. „It's the economy, stupid“, hieß das Credo des erfolgreichen Clinton-Wahlkampfes 1992. Heute offenbart sich die Unfähigkeit der Ampel nirgendwo so deutlich.

■ **Die Zahlen** sind ein Graus. Die OECD rechnet 2024 für Deutschland mit einem Wachstum von 0,3 Prozent. Das ist der vorletzte Platz in der Liste. Der weltweite Durchschnitt liegt bei 2,9 Prozent. 2023 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland um 0,3 Prozent, während es in der Eurozone um 0,5 Prozent wuchs. In den USA stieg es um 2,5 Prozent. Der Internationale Währungsfonds sieht Deutschland im Vergleich zu 16 Industrie- und Schwellenländern auf dem letzten Platz. Unterdessen liegt die Staatsquote, also die Ausgaben des Staates im Verhältnis zum BIP, bei rund 50 Prozent – von staatsferner Wirtschaft kann keine Rede sein.

■ **Jenseits der Zahlen** entfaltet sich das Desaster täglich sehr konkret. Beispiele: ■ Die Süßwarenfirmen Arko, Hussel und Eilles der Deutschen Confitiserie Holding haben Insolvenz angemeldet. Betroffen sind 1200 Mitarbeiter

Bürokratie und Energie – so lautet die Formel für das deutsche Leiden unter der Ampel. Die Bundesregierung hat es nicht nur versäumt gegenzusteuern, sie verschärft das Übel noch. Deutschland ist selbstverschuldet auf dem Weg in die Zweitklassigkeit, sagt Alexander Will.

■ Miele wird die Produktion von Waschmaschinen aus Deutschland nach Polen verlegen. Im Stammwerk Gütersloh werden 700 Jobs gestrichen. Der geschäftsführende Gesellschafter Markus Miele im Handelsblatt: „Wenn ein Standort in allem teurer ist, wird es schwierig.“



Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor unter www.nwzonline.de/podcasts/

■ Beim Getriebefabrikant ZF stehen 12 000 Arbeitsplätze zur Disposition. Gleichzeitig investiert der Konzern eine halbe Milliarde Dollar in den USA. Dort werden rund 400 Jobs neu entstehen. ■ Bosch wird bei der Fahrzeugelektronik und Software 950 Jobs in Deutschland abbauen. Schon im Dezember war bekannt geworden, dass Bosch rund 1500 Stellen in der Antriebssparte streichen wird. ■ Im November veröffentlichte der Bundesverband der deutschen Industrie eine Studie, nach der ein Drittel der deutschen Unternehmen Pro-

duktion ins Ausland verlagern will. Gründe: hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie. ■ Die Präsidenten von 14 Industrie- und Handelskammern in Ostdeutschland schreiben einen Brandbrief an den Kanzler. Kritikpunkte: Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Politik, Technologieskepsis, Bürokratie, politische Anreize für Nichtarbeit. Das alles sind durch die Politik hausgemachte Probleme. Was tut die Regierung? Die versucht, die Probleme mit Arzneien zu behandeln, die dem Patienten am Ende noch üblere Schmerzen zufügen werden. ■ Per Schattenhaushalt („Sondervermögen“) durch die Hintertür massiv Schulden anhäufen, um das Geld in die Märkte zu kippen und darauf zu hoffen, dass es Wachstum ankurbelt. ■ Durch Schleifen der Schuldenbremse das Gleiche tun. Das ist ein Verhalten nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ – Schuldenberge für kommende Generationen,

neue Inflation durch massive Ausdehnung der Liquidität? Egal, was kümmert es uns! ■ Die Ampel hat nun eine „Kraftwerks-Strategie“, die das selbst geschaffene Problem der untragbaren Energiepreise lösen soll. Hier bekämpft man mit Steuerzahler-Milliarden Probleme, die man durch Kohle- und Atomausstieg sowie die Abhängigkeit von Russland selbst geschaffen hat. Zunächst läuft alles auf teures US-Fracking- und Katar-Gas hinaus. Die weitere Zukunft steht in den Sternen, denn niemand weiß, wo ausreichend günstiger, „grüner“ Wasserstoff herkommen soll. Wahrscheinlich ist, dass die Strompreise weiter steigen werden und die Lüge von der „Kugel Eis“, die jeden Haushalt die „Energiewende“ kosten werde, noch deutlicher wird. Unterdessen rügt der Chef der Internationalen Energieagentur, Fatih Birol, den deutschen Atomausstieg öffentlich als „historischen Fehler“, und Tschechien plant ein Atomkraftwerk an der bayerischen Grenze.

■ **Ansonsten** ist da wunderliches, höchst lästiges und teures Klein-Klein, zum Beispiel die Versicherungspflicht für Aufsitzrasenmäher aus dem Hause Buschmann (FDP) und die Fleischsteuer aus dem Hause Özdemir (Grüne). Hoffnungsschimmer: Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) nahm im Bundestag tatsächlich das Wort „Steuersenkung“ in den Mund. Was davon zu halten ist, muss die politische Realität zeigen. Der politische Wille der Regierung besteht

“ Wirtschaftsminister Habeck nahm im Bundestag das Wort „Steuersenkung“ in den Mund. Was davon zu halten ist, muss die politische Realität zeigen. Der politische Wille der Regierung besteht erfahrungsgemäß eher im Gegenteil: in mehr Staatswirtschaft, mehr Umverteilung, mehr Bevormundung, weniger Markt, weniger Wettbewerb und weniger Wahlfreiheit.

erfahrungsgemäß eher im Gegenteil: in mehr Staatswirtschaft, mehr Umverteilung, mehr Bevormundung, weniger Markt, weniger Wettbewerb und weniger Wahlfreiheit. ■ **Was also tun?** Am Ende geht's um die Entfesselung privater Initiative und Wiederherstellung freier Märkte. Konjunkturprogramme und staatliche Wirtschaftslenkung haben noch nie dauerhaften ökonomischen Erfolg gebracht – noch viel weniger der „Umbau“ einer erfolgreichen Volkswirtschaft entlang ideologischer Linien. Und das Geld? Wir haben kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. Das Zusammenstreichen sozialer Wohltaten wie Bürgergeld und Mütterrente wäre ein Anfang – und 44 Millionen Euro für Radwege in Peru sind dem deutschen Steuerzahler auch nicht zumutbar.

© Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Northwest Mediengruppe.

BILD: BICHMANN

